

Die SED Propaganda um den „Atomkrieg“

Ein brennendes Problem — im Spiegel nüchterner Betrachtung

Die Sowjets haben in diesen Tagen solche Staaten wie Dänemark, Norwegen und die Niederlande gewarnt, der westlichen Verteidigungsgemeinschaft Militärstützpunkte zur Verfügung zu stellen. Diese Warnung betraf insbesondere die Stationierung von Atomwaffen. Nun hat sich auch die SED in diese neue psychologische Offensive Moskaus eingeschaltet: Angebliche „Atombomben-Depots“ in der Bundesrepublik und die Diskussion um die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen wurden zu einem der Haupt-Propagandathemen der SED-Presse erhoben. Vor allem in der Vorbereitung der Einheitswahlen klammert sich die SED an diese Frage, ohne sie allerdings ernsthaft zu diskutieren. Die Tatsachen, an denen die SED bewußt vorbeiredet, sehen nämlich etwas anders aus!

Worum geht es? Die Sowjetunion hat seit 1945 systematisch einen Ring bis an die Zähne bewaffneter Satellitenstaaten rings um Europa gelegt. Die von ihr und den Volksdemokratien ständig unterhaltene Militärmacht zwang den Westen, gleichfalls starke Armeen in den angrenzenden Gebieten zu stationieren.

Der moderne Stand der Militärwissenschaften und nicht zuletzt wirtschaftspolitische Überlegungen werfen jedoch seit einiger Zeit die Frage auf, ob es nicht zweckmäßiger sei, die Verteidigungslinien mit wenigen atomausgerüsteten Einheiten anstatt mit vielen schwer beweglichen Infanteriedivisionen zu besetzen.

Warum entrüstet?

Das ist keine Überlegung, die man erst heute anzustellen beginnt. Die Sowjets selbst waren die ersten, die so gehandelt haben. Als Moskau im vergangenen Jahr einen Teil seiner Truppen demobilisieren mußte, weil die Industrie und Landwirtschaft diese Arbeitskräfte nicht länger entbehren konnte, richteten die Sowjets beispielsweise überall an den baltischen Küsten Abschußbasen für Atomraketen ein. Diese waren auf den Ostseeraum, also gerade

auf jene Länder, die man heute unter Druck setzen möchte, gerichtet, ohne daß sich dort bereits westliche Atomstützpunkte befanden. Warum also entrüsten sich die Sowjets über absolut verständliche Gegenmaßnahmen?

Wie aber sieht es in Deutschland aus? Die SED erregt sich darüber, daß man auf weite Sicht die Frage der Ausrüstung deutscher Divisionen mit Atom-einheiten diskutiert. Die gerade im Aufbau begriffene Bundeswehr, die später einen wesentlichen Teil der westlichen Verteidigungslast zu tragen haben wird, soll den atomar pausenlos weiterrüstenden Sowjets im Falle eines Krieges schutzlos gegenüberstehen! In der Bundesrepublik soll es überhaupt keine Atomwaffen geben dürfen. Die SED erklärt dazu, in der Sowjetzone seien ja auch keine vorhanden. Abgesehen davon, daß dies nur schwer zu beweisen ist, wäre es ein schlechtes Argument. Gerade in diesen Tagen richten die Sowjets in Ungarn neue Raketenabschlußbasen ein. Für sie ist das Heranschaffen von Atomartillerie im Falle eines Krieges eine Frage von einigen Hundert Eisenbahn-Kilometern. Die westliche Verteidigung, die zum beachtlichen Teil auf die militärische Macht der USA vertrauen muß, kann ihren Verbündeten keine Schie-

nen über den Ozean legen. Auch, daß die „Nationale Volksarmee“ noch keine Atomwaffen besitzt, will nichts besagen. Der Status der Zonenarmee im Rahmen des Warschauer Militärpaktes ist ein anderer als jener der Bundesarmee im Rahmen des westlichen Verteidigungssystems: Die SED stellt mit ihrer Armee das Fußvolk, den „verlorenen Haufen“, hinter dem die Sowjetarmee mit ihren Satelliten aufmarschiert. Die Bundesrepublik aber ist ein gleichberechtigtes und gleich starkes Kettenglied in der militärischen Abwehrfront Westeuropas . . .

Wie immer in solchen Diskussionen bringt auch hier die SED die sonst von ihr gern umgangene Frage der Wiedervereinigung auf den Plan. Sie sagt, wenn erst einmal Atomwaffen in Deutschland lagern, könne man über die Wiedervereinigung erst recht nicht reden. Das aber hat sie auch gesagt, als die ersten Diskussionen um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik begannen. Dann stellte sie blitzartig eine eigene Armee auf, die in ihren Grundzügen illegal bereits bestand, und als der erste Bundesrekrut eine Kaserne betrat, besaß die SED bereits etliche kampfstärke Divisionen. Wer möchte daran zweifeln, daß es in der Frage der Atomrüstung anders wäre? Wenn die Sowjets wollen, befinden sich morgen an allen strategischen Punkten der Sowjetzone Atombombendepots. Wenige Hundert Kilometer östlich dürften sie bereits vorhanden sein . . .

Wie immer jedoch — wenn die SED sich über etwas erregt, bevor es spruchreif ist — verborgen sich politische Unaufrichtigkeit und eigene dunkle Pläne hinter den kommunistischen Argumenten,

Neue Welle aus Moskau

DT. Die Atmosphäre zwischen Ost und West ist wieder unrühiger geworden. Reden, diplomatische Noten und Rundfunk-erklärungen kommen aus Moskau, die gegen die Partner der westlichen Gemeinschaft grobe Verdächtigungen und ebenso grobe Drohungen enthalten. Was wir dort hören, das entspringt und entspricht der gewaltigen Eintönigkeit der sibirischen Tundra. Die Atomrüstung des Westens zum Beispiel ist eine planvolle Gefährdung des Friedens, die der Sowjets dagegen eine unbeschreibliche Wohltat an der Menschheit. Wenn Macmillan und demnächst auch Adenauer sich mit Eisenhower treffen, dann ist das eine teuflische Vorbereitung des Krieges, dagegen liegt über den kommunistischen Begegnungen der schöne Glanz des Friedens. Wenn die europäischen Länder, um ihre Zersplitterung durch Schaffung eines großen Marktes zu überwinden, sich zu einer wirtschaftlichen Gemeinschaft zusammenschließen und auch die friedliche Nutzung der kostspieligen Atomenergie gemeinsam organisieren, dann sind hinter diesem Vorhaben finstere Pläne gegen die Sowjetunion verborgen. Der Umstand dagegen, daß die Sowjets aus der gewaltigen Ländermasse zwischen der Weichsel im Westen und der Beringstraße im fernsten Osten eine Union geschaffen haben, der viele ganz verschiedene Völker angehören und in die manche von ihnen mit Gewalt hineingezwungen worden sind, ist die natürlichste Sache der Welt. Schon diese Gegenüberstellung zeigt, daß die sowjetische Kampagne objektiv unsinnig und subjektiv unehrlich ist. Sie ist eine neue Welle der Propaganda aus Moskau, die in Wirklichkeit ganz anderen Zielen dient.

Nur für schwache Nerven!

Es handelt sich hier um einen neuen Versuch, die europäischen Völker, die sich in ihrer Existenznot bereits zu einer gemeinsamen Verteidigung vereinigt haben und sich auch wirtschaftlich zusammenschließen werden, mit grober Sprache ein-

zuschüchtern. Sie sollen nach dem Willen Moskaus diesen Weg nicht gehen, der ihnen größere Sicherheit, höheren Wohlstand und aus gemeinsamer Kraft auch stärkere Unabhängigkeit verheißt. Sie sollen ihn nicht gehen, weil Moskau an der fortdauernden Zersplitterung Europas interessiert ist. Diese bedeutet nämlich Schwäche, Unsicherheit, wirtschaftliche und technische Rückständigkeit, materielle Not und in ihrer Auswirkung auch soziale Unzufriedenheit. Das aber sind genau die Faktoren, auf die der Kommunismus spekuliert, von denen er lebt und seine Erwartung vom Untergang der nichtkommunistischen Welt bezieht. Moskau haßt bei den Völkern, die als Opfer der kommunistischen Expansion auserseren sind — und zu ihnen gehören an erster Stelle die noch freien Völker Europas —, jede Regung zum gemeinsamen Handeln im Sinne einer Zusammenfassung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte, weil das schließlich die Gesundung, Stärkung und Immunisierung Europas gegenüber der kommunistischen Gefahr bedeutet. Um das zu verhindern, werden die an dieser Entwicklung interessierten und beteiligten europäischen Völker immer wieder mit Drohungen eingeschüchtert und mit üblichen propagandistischen Tricks diffamiert.

Diese Einschüchterung ist auf schwache Nerven berechnet, die wir nicht haben. Sie spekuliert auf eine Schwäche, die wir überwinden müssen, wo sie sichtbar wird. Sie rechnet mit einer Furcht, die deshalb so gefährlich ist, weil sie den Kommunismus ermutigt. Sie wird aber selbst für die Sowjets sinnlos werden, wenn wir konsequent die Tatsachen schaffen, die das noch immer bedenkliche Bild Europas verändern — wenn wir ihm die Züge eines Selbstbewußtseins, einer Unabhängigkeit und einer selbstverbürgten Sicherheit einprägen, die aus der europäischen Gemeinschaft wieder eine neue oder eine dritte und jedenfalls eine selbständige und in der Welt respektierte Kraft machen. Europa muß und wird dann, falls der Fluch der Atombombe noch nicht durch ein Weltabkommen beseitigt sein sollte, selbstver-

ständig auch über diese Waffe verfügen. Das ist geradezu die Voraussetzung seiner Selbständigkeit und Sicherheit, die angesichts der strategischen Umplanungen und ihrer von England einleitend bereits gezogenen politischen Folgerungen nicht für alle Zeiten in der atomaren Abhängigkeit von den USA unbedingt verbürgt sein könnte. Vielleicht wird auch Moskau eines Tages begreifen, daß ein aus eigener, starker Kraft existierendes Europa einiges dazu beitragen kann, um die Völker von dem Alptruck einer zweifrontalen Spaltung Welt zu erlösen.

Der Fall Wehner

Inmitten der neu gespannten Gegensätze und weitreichenden Veränderungen im weltpolitischen und weltstrategischen Spiel der Kräfte hat es in Bonn nichts Besseres gegeben als den „Fall Wehner“. Wer die Bedeutung der um uns ablaufenden Entwicklung einigermaßen spürt, die heute vielleicht krisenhaft ist, um danach endlich fruchtbar zu werden, der ist über diesen Kontrast einigermaßen bestürzt. Aus dem Höhepunkt einer gemeinsamen Pflicht zur Besonnenheit und zu möglichst gemeinsamem Handeln wurde ein Höhepunkt des Zwistes zwischen Regierungskoalition und Opposition.

Wir warnen davor, in diesem Stile fortzufahren. Wir wollen auf die Einzelheiten des Streit-tes, der eigentlich von Schweden her in die Bundesrepublik hineingetragen worden ist, nicht mehr eingehen. Es hat in dieser Auseinandersetzung, schließlich in dem provokatorischen Auftreten Wehners während der letzten Sitzung des Bundestages gipfelte, Fehler auf beiden Seiten gegeben. Sicher war Wehner, wie er selbst bekennt und allgemein bekannt ist, ein überzeugter Kommunist; er stand in der Gnade Moskaus, die sich inzwischen in Haß verwandelt hat. Er hatte es in seiner Moskauer Emigration besser als zum Beispiel Ruth Fischer, die 1940 in echt sowjetischem Treuebruch mit anderen Kommunisten an Hitler ausgeliefert worden ist, oder als Heinz Neumann, der im sowjetischen Konzentrationslager umkam. Wehner durfte nach Stock-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Handelsgespräch Bonn-Moskau

Offizielle Ankündigung erwartet

Bonn (Eigenmeldung). In wenigen Wochen werden deutsch-sowjetische Handelsbesprechungen beginnen, die eine Erweiterung des Warenaustauschs zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zum Ziele haben. Bundeskanzler Dr. Adenauer wird sich voraussichtlich in den nächsten acht Tagen in seiner Antwort an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin damit einverstanden erklären, daß solche Verhandlungen zwischen Delegationen der beiden Regierungen, wahrscheinlich in Moskau, eingeleitet werden.

Nachdrücklich will der Bundeskanzler an das Problem der in Rußland zurückgehaltenen Deutschen erinnern, das Bulganin in seiner Botschaft vom 18. März schweigend übergangen hatte. Dr. Adenauer dürfte darauf hinweisen, daß die von der Sowjetunion erstrebte Besserung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten auch von einer befriedigenden Lösung dieses Problems abhängt.

Die Angriffe gegen Bundesaußenminister Dr. v. Brentano, die in der Botschaft Bulganins enthalten waren, will der Bundeskanzler entschieden zurück-

Atomwaffen nicht vor 1959

Frühere Aufrüstung der Bundeswehr nicht möglich

Bonn (Eigenbericht). Eine Ausstattung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen wird in den nächsten 20 Monaten bis Ende 1958 noch nicht erfolgen. Bundesverteidigungsminister Strauß erklärte in Bonn, es sei aus technischen und politischen Gründen nicht möglich, bis dahin taktische Atomwaffen für die Bundeswehr zu erhalten. Die Behauptung, daß General Heusinger bei seinem Besuch in den Vereinigten Staaten über die Lieferung von Atomwaffen verhandeln wolle, sei frei erfunden. Eine Ausstattung der Bundeswehr mit Wasserstoffbomben und strategischen Atomwaffen komme überhaupt nicht in Betracht. Sie sei weder wünschenswert noch möglich.

Strauß ließ keinen Zweifel daran, daß er die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen für notwendig hält. Er wies darauf hin, daß jahrelang auch die SPD verlangt habe, die Bundeswehr dürfe keine schlechteren Waffen erhalten als andere Armeen. Da die Streitkräfte aller Staaten des Atlantikpakts mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet werden sollen, besteht nach Ansicht des Ministers nur die Wahl zwi-

schen zwei Möglichkeiten: Entweder auch die Bundeswehr erhält taktische Atomwaffen oder sie verzichtet auf eine gleichwertige Ausrüstung. Die Frage, ob sich zur Zeit Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik befinden, ließ Strauß offen. Er erklärte lediglich, ein Verzicht auf die Bereitschaft, im Falle eines feindlichen Angriffs Atomwaffen zu verwenden, bedeute praktisch einen Verzicht auf die Verteidigung Europas. Solange man nicht zu einer kontrollierten Abrüstung gelange, beruhe die Sicherheit Europas auf der Überlegenheit des Westens in bezug auf Atomwaffen.

Strauß betonte, es sei gleichgültig, ob auf dem Boden der Bundesrepublik taktische Atomwaffen gelagert werden oder nicht. Das Risiko sei in beiden Fällen gleich groß. Auch die anderen NATO-Staaten seien durch einen möglichen Angreifer im gleichen Maße gefährdet, am meisten aber die USA selbst. Man könne nicht von den USA eine Sicherheitsgarantie verlangen, sich aber dagegen wehren, daß Kernwaffen auf unserem Gebiet gelagert werden. Die Munition müsse bei den Waffen sein, da sonst eine Sicherheitsgarantie nicht glaubhaft sei.

Libanon nimmt US-Hilfe an

Auf der Grundlage der Eisenhower-Doktrin

Beirut (DPA). Das libanesisches Parlament hat nach einer dramatischen Sitzung die USA-Wirtschafts- und Rüstungshilfe auf der Grundlage der Eisenhower-Doktrin für den Nahen Osten angenommen und der Regierung mit 40 gegen eine Stimme das Vertrauen ausgesprochen.

Mit dieser Entscheidung hat der Libanon Stellung im kalten Krieg bezogen, der nach dem Wortlaut der Regierungserklärung nur unter Außerachtlassung der politischen Realitäten in der ganzen Welt und insbesondere in Nahost ignoriert werden könnte.

Drei Todesurteile in Budapest

Erster Schauprozess gegen Aufständische beendet

Budapest (DPA). Mit drei Todesurteilen und Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu zehn Jahren endete in Budapest der erste größere Schauprozess gegen elf Teilnehmer an dem Volksaufstand vom Oktober vergangenen Jahres. Die Verurteilten haben bereits Berufung eingelegt.

Im vollbesetzten Verhandlungssaal des Justizgebäudes der Marko Utcá herrschte atemlose Stille, als sich die Vorsitzende, Frau Dr. Toth, erhob und mit gedämpfter Stimme die Urteile verlas. Für die 24jährige Medizinstudentin Ilona Toth, den 28jährigen Miklos Gyöngyösi und den 26 Jahre alten ehemaligen Armeelieutenant Ferenc Gönöczy verkündete die Vorsitzende, eine Frau mittleren Alters, wegen Ermordung eines angeblichen Offiziers der ungarischen Sicherheitspolizei das Todesurteil.

Die großgewachsene, blonde Studentin erlebte bei der Verlesung des Urteils, ließ aber sonst keine Anzeichen der Erregung erkennen. In den sechswöchigen Verhandlungen hatte die Angeklagte zugegeben, daß sie während des Aufstandes in einem Budapester Krankenhaus Verwundete gepflegt und dabei den Patienten Istvan Kolar, den sie für einen Beamten des Staatssicherheitsdienstes gehalten hatte, mit einer Injektion und einem Dolchstich ins Herz getötet habe. Erst später habe

sie erfahren, daß ihr Mittäter Gyöngyösi ein Verbrecher mit acht Vorstrafen war, der während des Aufstandes aus dem Gefängnis befreit wurde. Der mitangeklagte frühere Armeelieutenant wurde ebenfalls der Beihilfe zum Mord schuldig befunden.

Zwei andere Angeklagte wurden zu zehn und acht Jahren Gefängnis wegen staatsfeindlicher Tätigkeit und verbotenen Waffenbesitzes verurteilt. Sechs Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 16 Monaten bis zu drei Jahren wegen „antisowjetischer und staatsfeindlicher Hetze“, unter ihnen befinden sich der Journalist Obersovszky und der Dramatiker Jozsef Gali.

Polen-Hilfe über Bonn

Washington (DPA). Die amerikanische Regierung erwägt zur Zeit die Möglichkeit, die gesetzlichen Hindernisse für die Erfüllung der polnischen Kreditwünsche durch Einschaltung der Bundesrepublik zu überwinden.

Bei den in Washington geführten amerikanisch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen haben die Polen den Wunsch geäußert, amerikanische Lebensmittel zu kaufen und einen Dollarkredit zum Erwerb landwirtschaftlicher Maschinen bekommen. Ein amerikanisches Gesetz untersagt jedoch die Kreditgewährung an kommunistische Staaten. Wie in Washington verlautet, haben deutsche Kreise vorgeschlagen, die USA sollten der Bundesrepublik Waren auf Kredit liefern, die dann von Polen gegen D-Mark gekauft werden könnten. Amtliche amerikanische Kreise sollen an dem Plan sehr interessiert sein.

Nur Grenzen von 1937 gelten

Bundesregierung gegen übertriebene Forderungen

Bonn (Eigenmeldung). Die Bundesregierung steht mit Entschiedenheit auf dem Standpunkt, daß in bezug auf die östlichen Grenzen Deutschlands nur die Wiederherstellung des Zustandes von 1937 gefordert werden dürfe.

Nachdem in den letzten Tagen durch verschiedene Äußerungen, vor allem von Politikern des BHE, eine Diskussion über die Rückgliederung des Sudetengebietes und des Memellandes an Deutschland in Gang gekommen ist, wurde von maßgebender Seite in Bonn noch einmal die Auffassung der Regierung in dieser Frage präzisiert. Danach hält die Bundesregierung es nicht für möglich, bei Gebietsforderungen im Osten über den Stand der Reichsgrenzen von 1937 hinauszugehen. Bei etwaigen Verhandlungen über die deutsche Ostgrenze würde die Bundesregierung weder die Angliederung des Sudetengebietes, das im September 1938 auf Grund des Münchner Abkommens zu Deutschland kam, noch des Memellandes anstreben.

Wenn der BHE im Wahlkampf dieses Jahres die Politiker, die sich seinen Forderungen in bezug auf das Sudetengebiet nicht anschließen, als „Verzichtspolitiker“ herabsetzen sollte, werden maßgebende Kreise der Bundesregierung dieser Auffassung entschieden entgegenzutreten.

Speidel übernahm Nato-Kommando

Französische Kapelle spielte Deutschlandlied

Paris (AP/DPA). Der deutsche Generalleutnant Dr. Hans Speidel ist mit einer militärischen Feier im Ehrenhof des alten Königsschlosses von Fontainebleau offiziell in sein neues Amt als Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa eingeführt worden. Bei den Klängen des Deutschland-Liedes, gespielt von einer französischen Militärkapelle, grüßte Speidel die Fahnen der acht Länder, die dem mitteleuropäischen Befehlsbereich Truppen zur Verfügung gestellt haben. Anschließend schritt er an der Seite seines direkten Vorgesetzten, General Valluy, Ehrenabordnungen ab.

Trotz des kommunistischen Versuchs, die öffentliche Mei-

nung Frankreichs gegen die Ernennung eines deutschen Generals zu mobilisieren, kam es nicht zu Zwischenfällen. Lediglich in der Nationalversammlung forderte eine kommunistische Abgeordnete, aus Protest gegen Speidel die Sitzung zu unterbrechen. Mit den Worten „Dies ist ein Tag der Trauer für Frankreich“ kommentierte sie die Amtsübernahme Speidels. Der Antrag auf Unterbrechung der Sitzung wurde mit 265 gegen 151 Stimmen abgelehnt.

Die französische KP-Zeitung „L'Humanité“ druckte die Zeile „Deutschland, Deutschland über alles“ mit KZ-Häftlingen als Noten auf ihrer Frontseite ab.

So sind sie wirklich:

„Auch in der Provinz regiert die Partei!“

Wer das SED-System betrachtet, mag leicht der Auffassung sein, alle Macht konzentriere sich in Ostberlin und diese sei so groß, daß sie eben bis in die kleinsten Bezirk und Kreis hinunterreiche. Wer so denkt, übersieht das Wirken der kommunistischen „Provinzialregenten“, jener „Vorsitzenden der Räte der Bezirke“, die von Rostock bis Erfurt und von Mecklenburg bis Frankfurt/Oder das Land vertreten. Gewiß, auch sie sind nur Puppen des Zentralkomitees, aber ihre persönliche Macht genügt, um das Schicksal ganzer Landstriche zu beeinflussen und diesen ihren Stempel aufzudrücken. Dem Mann in der Provinz werden diese Leute oft näher und fürchtbarer erscheinen als der 1. Sekretär der Staatspartei...

Mecklenburgs

„1. Kommunist“

Der Bezirk Rostock hat heute rund 850 000 Einwohner. Dieses Teilstück des ehemaligen Landes Mecklenburg umfaßt den gesamten Küstenstreifen der Zonenrepublik. Seine Bedeutung wird von den Werften bestimmt, die hier im Fünfjahrplan aus dem Boden gestampft werden mußten. Unbestrittener Chef dieses Gebiets aber ist Hans Warnke (SED).

Er wird oft mit seinem Namensvetter Herbert dem Vorwärtenden des FDGB, in Verbindung gebracht, ohne mit diesem jedoch irgendwie verwandt zu sein. Hans Warnke stammt aus einer Hamburger Arbeiterfamilie, im vergangenen August wurde er 60 Jahre alt. Als 16jähriger Dachdeckerhilfe wurde er bereits 1912 Mitglied der SPD, kam 1915 zum Militär und war 1918 bei der Demobilisierung in Mecklenburg einer der Initiatoren des „Spartakus“. Er stieß in Berlin zur USPD und wurde 1920 der eigentliche Begründer der mecklenburgischen KPD. Bis 1933 galt er als Mecklenburgs „Kommunist Nr. 1“. In Güstrow, wo Warnke ansässig wurde, stellte ihn die KPD als Stadtverordneten auf. 1924 wurde er Fraktionsvorsitzender der KPD im

HANS WARNEKE

Landtag von Mecklenburg. Die Nazis sperrten ihn in ein KZ, aus dem man ihn „beurlaubte“, um einer vermeintlichen Widerstandsgruppe auf die Spur zu kommen. Bis 1945 wurde Warnke immer wieder verhaftet und freigelassen, weil man ihn der illegalen Tätigkeit für den von Dänemark und Schweden aus operierenden „Bombenleger“ Wollweber — den heutigen SSD-Chef — verdächtigte.

Für jeden Bauern ein Pajok!

Unter dem Patronat sowjetischer Militärkommandanten half Warnke nach dem Zusammenbruch die mecklenburgische KPD aufzubauen. Sein Interesse galt der Bauernschaft, von der er aus alter Zeit wußte, daß sie antikommunistisch wählen und handeln würde. Verärgert ging er über die sich füllenden Mitgliederlisten der kommunistischen Stadtleitungen hinweg: „Bauern brauchen wir, Landarbeiter, wir sind ein Agrargebiet!“ Warnke versprach jedem KP-Funktionär, der ein Mitglied aus der Bauernschaft anwerben konnte, eines der damals begehrten russischen Pajoks: Lebensmittelpakete als Kopfpfeil für den Eintritt in die Staatspartei!

Im Juli 1945 setzten die Sowjets den rührigen KP-Chef als Vizepräsidenten der Landesverwaltung für Mecklenburg-Vorpommern ein. Zuvor hatte er als Oberbürgermeister von Güstrow verbindliche Normen für die später fälligen Enteignungen privater Produktionsbetriebe aufgestellt. Aber Warnkes „parlamentarische“ Tätigkeit wurde ein Fiasko für die inzwischen gebildete SED. Im mecklenburgischen Landtag wie auch als Minister für die Innere Verwaltung vertrat er allzu offensichtlich die diktatorische These Thälmanns, der das Parlament als „demokratische Quatschbude“ bezeichnet hatte. Die SED zog ihn darum bei der Regierungsbildung im Oktober 1949 aus der Provinz ab und gab ihm den Posten eines

Staatssekretärs im sowjetzonalen Innenministerium.

Schickt die Bauern in die Werften!

Die Verwaltungsreform, die Umwandlung der alten mitteldeutschen Länder in 14 Bezirke, brachte Warnkes große Stunde: Er wurde Vorsitzender des Rates des Bezirks Rostock. Weil dieser Funktionswechsel mit parteipolitischen Auseinandersetzungen zusammenfiel, wurde Warnke fälschlich als „degradiert“ erklärt. Tatsächlich gab ihm hier die SED eine Autorität und Machtvollkommenheit, die er als Staatssekretär niemals besessen hat.

Warnke wurde Ulbrichts As bei der Industrialisierung Mecklenburgs: „Wenn die Bauern nicht zum Proletariat kommen, dann muß man ihnen das Proletariat näherbringen!“ Ein riesiges Schiffsbauprogramm ließ die zweitrangigen mecklenburgischen Werften über Nacht in den Mittelpunkt des „Aufbaus des Sozialismus“ rücken. Die SED trommelte von überall her die enteigneten und drangsalierten Bauern zusammen, um sie als angelernte Schweißer und Zimmerleute in die Werften zu bringen. Innerhalb eines Jahres änderte Warnke die soziale Struktur des Bezirks in einem nie für möglich gehaltenen Umfang. Bauernhöfe verkamen, die Landarbeiter suchten sich in der Schiffbauindustrie ein einträglicheres Brot. Bis 1954 die große Wende kam: Man erkannte, daß das Land nicht nur Schiffe, sondern auch Brot und Kartoffeln brauchte. Warnke wurde öffentlich gerügt, nun schickte er die umgeschulerten Werftarbeiter auf die Kolchosen, die zweite Völkerwanderung begann...

Der „Vaterländische Verdienstorden“ belohnte diese rasche Auffassungsgabe. Warnke ging nun an den Aufbau einer Kleinindustrie. Er kollektivierte die Handwerker und terrorisierte den Mittelstand, er wurde diktatorischer als ein russischer Distriktskommissar.

Die „Resistance“ bezieht neue Fronten

Antifaschismus allein ist kein Glaubensbekenntnis

Von Freitag bis Sonntag vergangener Woche tagte in Ostberlin das Büro der „Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer“. Die politischen Fragen dieser Versammlung vermochten nicht ihren wahren Hintergrund zu überdecken: Es war ein letzter Versuch, die „große Résistance“, die Internationale der Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, vor dem endgültigen Auseinanderfallen zu bewahren. Die ersten Nachrichten zeigten, daß dieser Versuch mißglückte. Viele französische, belgische, holländische, jugoslawische und erstmals auch polnische Vertreter, mit deren Erscheinen fest gerechnet wurde, waren nicht erschienen. Aus Frankreich kamen Absagen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließen. Was aber ist der Grund?

Die SED hat bisher von der Tatsache profitiert, daß im letzten Krieg, in Spanien und in den Jahren der Hitler-Ära ein Antifaschismus entstand, der zuerst keine Rücksichten auf Konfession, Nationalität oder politische Weltanschauung genommen wissen wollte. Erst später, als der kommunistische Weg zum Dogma auch des antifaschistischen Widerstandes erhoben werden sollte, zerfiel diese Allianz. Immerhin haben die privaten und menschlichen Bindungen jener Zeit bis heute das Verhältnis leitender SED-Funktionäre — um ein Beispiel zu nennen — zu französischen, italienischen und holländischen Sozialisten und Widerstandsleuten bestimmt. Die Partei hat dies ausgenutzt, indem sie die neuen Männer der Bundesrepublik nacheinander als „Förderer eines neuen Faschismus“ darzustellen versuchte, das Gespenst einer deutschen „Revanche-Armee“ heraufbeschwor und die Sowjetzone als den Hort echter antifaschistischer Traditionen auswies.

Kreuzweg Ungarn

An dieser Version vermögen heute selbst französische Kommunisten nicht mehr festzuhalten. Wer die französische KP-Presse in die Hand bekommt, weiß, daß man auch dort zu einer realeren Einschätzung der Dinge gekommen ist. Der fragwürdige Charakter des SED-Regimes scheint auch durch die traditionsgemäß abgehaltenen Buchenwald-Fiern hindurch. Die Tatsache, daß leitende Widerstandsmänner wie Paul Merker, Franz Dahlem und der Journalist Lex Ende zu den ersten Opfern der Stalinisten

gehörten, hat vielen zu denken gegeben. Der Umschwung aber trat mit dem ungarischen Aufstand ein. Die geballten Zweifel, die sich seit Jahren in den Köpfen der Antifaschisten von gestern sammelten, verwandelten sich in eine flammende Anklage gegen die sowjetischen Intervenenten. Es zeigte sich, daß wahrer Antifaschismus nie Selbstzweck sein konnte, sondern sich zum Widerstand gegen jede Form der Diktatur wandeln mußte. Und es war nicht von ungefähr, daß die ersten Freiwilligenmeldungen für Ungarn gerade aus Kreisen der internationalen Widerstandskämpfer kamen.

Hier hat die SED ihren gro-

Ohne die SED!

Die SED bewies damit wenig Fingerspitzengefühl, denn sie traf mit ihren Beschimpfungen eben jene Leute, die in Erinnerung an gemeinsame Notzeit die einzigen Verbindungen, die einzigen menschlichen Bindungen nach dem Westen hielten. Zuerst drohten die französischen Widerstandskämpfer mit dem Austritt aus der Internationalen Föderation, dann erklärten die Holländer, künftig nur noch an Tagungen ohne SED-Vertreter teilzunehmen und schließlich erklärten auch die Jugoslawen anläßlich eines ausgedehnten Frankreich-Besuches: „Die SED hat zu Unrecht die internationale antifaschistische Bewegung beschimpft und muß — will sie Mitglied der Föderation bleiben, eine Entschuldigung geben!“

Bisher haben die Sowjets und die Vertreter Rumäniens und Bulgariens in der Föderation einen solchen Beschluß verhin-

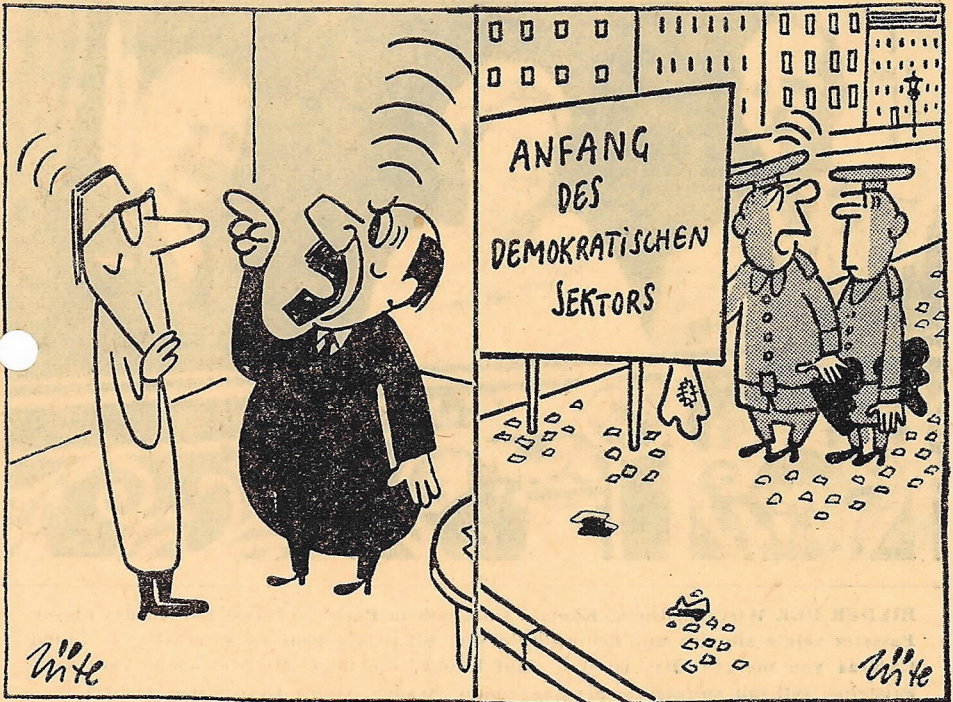
SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Buxenstein, GmbH.

Ben Fehler begangen: Sie stellte sich vorzeitig auf die Seite der sowjetischen Intervenenten und bezeichnete alle jene, die ihren Abscheu gegen die brutale Niederschlagung der Revolution erklärten, als „verkappte Faschisten und Verräter“.

Als Antwort haben viele Mitglieder mit dem Boykott des kommenden Föderations-Kongresses gedroht. In Ostberlin wollte nun die SED einen Kompromiß schließen, der jedoch verworfen wurde. Man beschloß die Sache auf sich beruhen zu lassen und erst einmal abzuwarten, wer den Boykott aufrechterhalten würde. Franz Dahlem, heute wieder als SED-Staatssekretär, amtierte als „Schlichtungskommissar“. Aber die „Résistance“ von gestern hat neue Fronten bezogen: Ihr Antifaschismus hat sich der Entwicklung und den Gegebenheiten des Stalinismus angepaßt. Die Widerstandskämpfer sind bereit, Widerstand gegen jede Diktatur zu leisten, die Tatsache, daß die Kommunisten nach dem Überfall auf die Sowjetunion gegen Hitler waren, vermögen nicht mehr die Handlungen der Stalinisten von heute zu rechtfertigen.



„Wir lehnen das gemeinsame Telefonnetz ab, Otto, oder möchtest du, daß sie wieder frei wählen können?“

„Nadürlich is där Schiller än volksdemogradischer Dichter, sonst hädde er doch nie die Räuber geschrieben!“

Neue Welle aus Moskau

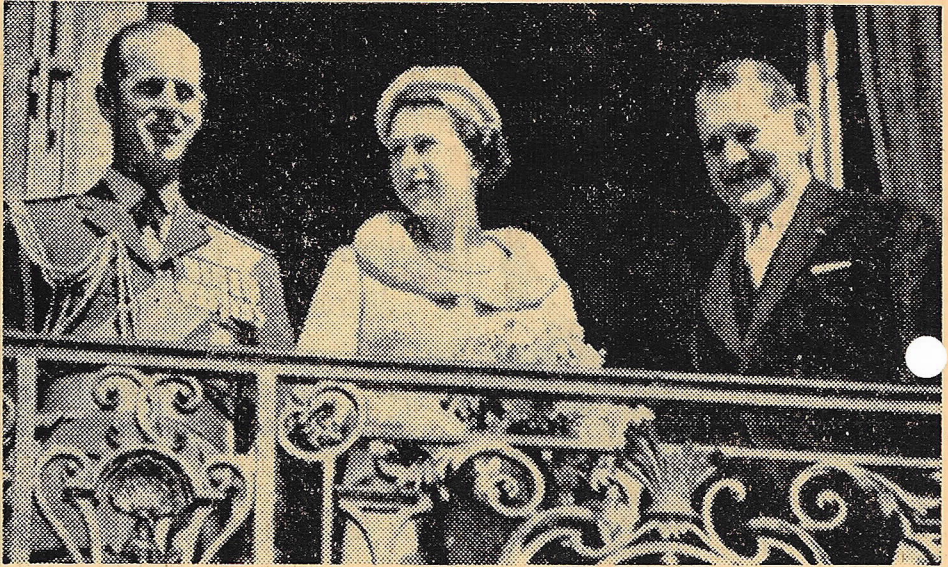
Fortsetzung von Seite 2

holm ausreisen und hatte dort selbstverständlich im Dienste des Kommunismus Aufträge zu erfüllen, die mit dem Kampf gegen Hitler-Deutschland zusammenhängen. Das hat in Übereinstimmung mit Erklärungen Wehners inzwischen auch eine korrigierende schwedische Darstellung ausdrücklich festgestellt. Das sowjetische Vertrauen, das ihn während des Krieges mit der Entsendung nach Stockholm auszeichnete, hat er durch seinen Bruch mit dem Kommunismus enttäuscht. Angesichts dieser Wandlung können wir nur der biblischen Weisheit folgen, daß ein Sünder, der sich bekehrt und Buße tut, mehr Freude auslöst als neunundneunzig Gerechte, die der Buße nicht bedürfen. Dabei ist noch zu bemerken, daß nicht

alle „Gerechte“, die sich zum Fall Wehner geäußert haben, in diesem Sinne wirklich auch gerecht sind. Die bittere Vergangenheit, in der die einen kommunistisch und die anderen nationalsozialistisch sündigten, liegt hinter uns, und wir sollten sie mit einer Aufrechnung der einen gegen die anderen nicht wieder lebendig machen.

Zur Vermeidung dieses Übels könnte auch Herbert Wehner einiges beitragen. Er hat in der Bundestagsitzung grob gefehlt. Er sollte das zugeben und in ehrenhafter Art wiedergutmachen. Arthur Köstler, der auch einmal dem Kommunismus anhing und sich dann in besserer Erkenntnis von ihm trennte, sagte einmal: „Wer von den großen Illusionen unserer Zeit (dem Kommunismus) erfaßt worden war und ihre mora-

lischen und intellektuellen Ausschweifungen erlebt hat, muß sich entweder einem neuen Hang gegenteiligen Typs hingeben oder ist dazu verurteilt, mit einem lebenslänglichen Kater zu zahlen.“ An dieses Wort erinnerte Walter Henkels, als er vor Jahren einmal in der Reihe „Bonner Köpfe“ ein Bild der Persönlichkeit Herbert Wehners gab, von dem er sagte: „Wenn er ins parlamentarische Gefecht geht, ist er ziemlich schnell ein Hitzkopf... In der freien Rede kann er, wenn er gereizt wird, bis zur Unbeherrschtheit gehen.“ Das ist die psychologische Situation Wehners, aus der jener böse Tumult im Bundestag entstanden ist. Die Frage ist nur, ob das die Schuld einer vom Temperament geprägten parlamentarischen Untugend gewesen ist oder ein aus größerer Tiefe kommender Ausdruck jenes „lebenslänglichen Katers“, von dem Köstler sprach,



BILDER DER WOCHE: Oben: Königin Elizabeth in Paris. Auf dem Balkon des Elysee-Palastes zeigte sie sich mit Prinz Philip und Staatspräsident Coty (rechts). — Unten: Caracas von morgen. Das ist die „Gipfelstadt“, die über der Metropole Venezuelas entstehen soll mit spiralenförmig angelegten Straßen, vielen Geschäften, Ausstellungshallen und sieben Kinos. Kostenpunkt: 100 Millionen DM.

